

Wien, Freitag den 21. November 1924 - I. Ausgabe.

Die Wiedereröffnung des Wiener Römischen Museums.

Die Stadt Wien hat eine römische Vergangenheit, aber es sind nur wenig Zeugnisse aus jener Epoche vorhanden. Der Kundige erkennt aus der Anlage gewisser Strassen der inneren Stadt die Umfassungsmauer eines grossen römischen Militärlagers, das mit einer seiner beiden Schmalfronten gegen den Donaukanal zu vorgeschoben war, aber in den Mauer-ring dieser Militärfestung unmittelbar der mittelalterliche Kern unserer Stadt und brauchte auf was aus der Römerzeit zurückgeblieben war. Die Nachlese römischer Fundgegenstände ist deshalb nicht allzugross. Immerhin konnte ein Altertumsfreund Josef Nowalski in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts bereits eine so erfolgreiche Sammeltätigkeit entfalten, dass der damalige Gemeinderat einen Ausschuss zur Förderung der archeologischen Erforschung Wiens wählte und Josef Nowalski zum Inspektor der städtischen Ausgrabungen bestellte. Im Mai 1903 wurde in zwei ebenerdigen Räumen einer Volksschule auf der Wieden in der Rainergasse 13, das kleine Museum Vindobonense wie es offiziell hiess eröffnet und daraus ist das heutige Römische Museum der Stadt Wien entstanden.

Der gewaltige Aufschwung der Bautätigkeit zu jener Zeit förderte zahlreiche römische Funde zu Tage, die Räume des bisherigen Museums genügten nicht mehr und als seine Verwaltung von der Direktion der städtischen Sammlungen übernommen wurde musste daran gedacht werden, die Parteien des inzwischen umgebauten Hauses anderweitig unterzubringen. In die Mitte des vorigen Jahres wurden in diesem Hause neue Ausstellungsräume geschaffen, Depots und Werkstätten wurden eingerichtet und besonders wurde die museale Aufstellung der Gegenstände vollkommen umgeändert. So ward es möglich ein Gesamtbild zustandezubringen, dass die römische Vergangenheit unserer Stadt lebendig veranschaulicht.

In der ersten Abteilung (Lapidarium) ist die von Professor Eduard Nowotny im Jahre 1922 verzeichnete Fundkarte der Inneren Stadt zu sehen. Von den Strassen, welche das Lager Vindobona mit den längst der Donau errichteten anderen Militärstationen und mit dem italienischen Hinterland verband sind heute noch 14 Meilensteine erhalten von denen vier in Abgüssen ausgestellt sind. Die Originale sind in der Antiken-Abteilung des Kunsthistorischen Museums und im Klosterneuburger Stift aufbewahrt. Eine besondere Gruppe „Gräber und Sarkophage“ zeigt die Ausstattung dieser Gräber und die den bestatteten oder verbrannten Toten mitgegebenen Gegenstände (Schmuck, Waffen, Wappenstein und Münze zur Ueberfahrt ins Jenseits.) Ein grosses Relief in einer Sandgrube hinter dem Arsenal gefundenes Relief gibt eine Vorstellung von der monumentalen Ausstattung der Gräber. In einem Seitenraum sind die zunächst im Wienflusse im Jahre 1865 und im Wienflussbette selbst im Jahre 1898 (heute Karlsplatz und Lothringerstrasse) gefundenen Reste monumentaler Grabbauten ausgestellt.

Wie bei jedem römischen Lager, hat sich auch im Anschluss an Vindobona eine römische Zivilansiedlung gebildet. Ihr Entstehen die Reste einer römischen Bäderanlage, der Marmortorso einer Kaiserstatue, der Fuss einer überlebensgrossen Bronzefigur und die Sitzstatuette eines ägyptischen Propheten, die beim Bau der WienerNeustädter-Kanals gefunden wurden. Aus der von Rodaun bis nach Hietzing zu verfolgenden Wasserleitung ist ein Stück im Museum zur Ausstellung gebracht.

Altäre

Als besondere Gruppe sind Altäre zusammen gestellt unter denen ein in Meidling nächst der Maria Theresienbrücke 1853 gefundener Altar auffällt, den ein von der Gicht geheilter römischer Centurio den Nymphen, den Schutzgöttinnen der Meidlinger warmen Quellen gewidmet hat. Ein anderer Altar trägt die Widmung an den persischen Sonnengott Mithras, dessen Kult im römischen Heere während des dritten nachchristlichen Jahrhunderts nahezu offiziell war.

Ein eigener Raum ist der Bedeutung und Verwendungweise des römischen Ziegels gewidmet. Im ersten und zweiten Stock sind die Kleinfunde untergebracht, sie zeichnen die feineren Linien in das durch die erste Abteilung vermittelte Bild ein. Hier sind auch die vorgeschichtlichen Funde, die zum erstenmal als räumlich geschlossene Gruppe aufgestellt sind.

Zur Eröffnungsfest des Römischen Museums waren Bürgermeister Seitz, ferner der Unterrichtsminister Dr. Schneider, die Vicebürgermeister Emswiler und Ross, Stadtrat Richter, Präsident Glöckel, Magistratsdirektor Dr. Hartel sowie eine ungewöhnlich grosse Zahl von Universitätsprofessoren und Vertretern von musealen und wissenschaftlichen Instituten erschienen.

Der Leiter der städtischen Sammlungen, Obermagistratsrat Reuther begrüsst den Bürgermeister und wies darauf hin, dass es gerade 50 Jahren her sei, dass Theodor Mommsen auf das vor den Toren unserer Stadt liegende Carnuntum hingewiesen habe. Der Ruf Mommsens sei nicht ungehört verhallt und man schritt an die Erforschung und Ausgrabung eines römischen Lagers. Es entstand der Verein zur Förderung der Arbeiten in Carnuntum. In Wien richtete die damalige Gemeindeverwaltung ihr Augenmerk auf die Erforschung des historischen Bodens, schon früher, zur Zeit des Humanismus hatte man sich in Wien für die Erforschung des Römischen Wiens interessiert und 1560 erschien sogar eine wissenschaftliche Arbeit über römische Funde in Wien, aber diese Funde sind in späterer Zeit verloren gegangen. Oberrat Reuther schilderte nun den Verfall des kleinen Römischen Museums, das zuerst in zwei Räumen einer Volksschule Platz gefunden hatte. Das heutige Museum sei geeignet, ein möglichst vollständiges Bild der einstigen Besiedelung Wiens zu geben.

Hofrat Professor Dr. Reisch sprach sodann im Namen seiner Fachkollegen an der Universität und des österreichischen archeologischen Instituts und drückte im Namen der wissenschaftlichen Kreise die sich mit den Studien des Altertums beschäftigen der Gemeindeverwaltung die Glückwünsche und den Dank für das aus, was hier geschaffen wurde. Alle die in früherer Zeit mit dem hier aufgestapelten Material zu tun hatten, können den ungeheuren Fortschritt zwischen der einstigen und der neuen Ausstellung ermessen. Im Namen der Wissenschaft danke er dem Obermagistratsrat Reuther und seinen beiden Mitarbeitern. Jetzt erst sei es möglich die Ausstellungsobjekte in würdiger Weise weiteren Kreisen von Besuchern zugänglich und nutzbar zu machen. Es werde den Besuchern und hoffentlich auch den Schulkindern hier volle Möglichkeit geboten ihre Denkweise und ihr Verständnis für geschichtliche Verhältnisse zur Reife zu bringen. Freilich müssen unsere Sammlungen in Wien ihre Ergänzung finden in den Sammlungen von Carnuntum das einst die Provinzialhauptstadt von Pannonien war. Die Gemeinde hat sich hier in dankenswerter Weise so zu sagen der Pflicht der Altersversorgung unterzogen die wir gegenüber den Lasten der Vorzeit haben. Der Redner schloss mit dem alten Geburtstagsglückwunsch Vivat, crescat, floreat das neue Museum unter der Patronanz der Gemeinde!

Hierauf sprach Hofrat Professor Dr. Kubitschek im Namen der ange-
ren Fachgenossen.

Bürgermeister Seitz dankte vor allem den Vertretern der Wissenschaft
für die Worte der Anerkennung, die sie der Stadtverwaltung getollt haben.
Wir finden darin eine neue Bestärkung unseres Willens, alle wis-
senschaftlichen und künstlerischen Schätze, die Wien birgt und die wir
aus der Vergangenheit übernommen haben, für die Zukunft und die künfti-
gen Geschlechter zu bewahren und so zu erhalten, dass sie an ihnen
Freude und wissenschaftliche Anregung finden. Die Gegenstände, die hier
von fachkundiger Hand aufgestellt wurden, geben uns

Ausschlüsse über die Siedlungen auf dem Wiener Boden.
mittelalterlichen Zeit in der römischen und früh-
mittelalterlichen Zeit vor unseren geis-
tigen Auge ziehen Kelten, Römer und Ostgothen vorüber und
gemahnen uns, dass wir auf einem Boden stehen, der für alle Zeiten beruht
ist, ein Knotenpunkt nicht nur des Verkehrs, sondern auch europäischer
Kultur zu sein. Wir wissen, dass in den folgenden Stürmen der Völkerwan-
derung Windobona verschwindet und in diesen Stürmen lange versunken
bleibt, aber es ist wieder zum Leben und als neues Wien erstanden. Es ist
Im Laufe der Jahrhunderte nicht wenig bedroht gewesen, aber
immer wieder erstanden. Das ist auch unsere Zuversicht
in schweren Zeiten,

die natürliche Lage der Stadt sei immer zum Zentrum der
Wirtschaft und damit zu einem Kulturzentrum macht. Das Museum
das wir heute der Öffentlichkeit übergeben, soll Kenntnis
bieten von dem Werden unserer Stadt, es soll Gemeingut aller
nachhistorischer Bildung strebender Menschen sein. Der Vertre-
ter der archäologischen Wissenschaft an der Wiener Universität hat den
Wunsch ausgesprochen, dass auch die Jugend hierher geführt werde. Wir
danken ihm herzlichst für diese Anregung. Denn gerade die Archäologie
gilt vielen als eine mehr sich selbst genügende, daher gewisser
massen eigennützige Wissenschaft, deren Forschungsergebnisse
nicht über die Gelehrtenkreise hinaus zu den breiten Massen
des Volkes dringen. Nun haben wir gehört, dass diese Gelehrten
ins Volk gehen wollen. Damit beschreiten sie den Weg zu einer
wirklich ausgreifenden Volksbildung wie wir sie in Wien wollen
und für die wir arbeiten. Wir haben hier einen bescheidenen
Anfang gemacht zu einem Zentrum für
archäologische Forschungen in Wien und in Oesterreich überhaupt.
Das rege Interesse das die wissenschaftlichen Kreise der Stadt
Wien für diese Arbeit bezeugen, ist uns eine Garantie dafür, dass
wir für unsere Bestrebungen auf ihre Unterstützung rechnen können.

Der Bürgermeister dankte nunmehr dem Unterrichtsminister und
allen die an dem neuen Werke mitgeholfen haben, dem amtsführen-
den Stadtrat Richter und dem
Hingabe um die Neugestaltung des neuen Museums bemüht haben und
gedachte auch des anwesenden ersten Inspektors der städtischen
Ausgrabungen, Herrn Josef Nowalski de Lilia. Mit dem Wunsche
Leiter der städtischen Sammlungen Obermagistratsrat Reuther und
seinen Mitarbeitern Dr. Holaschek und Wanschura, die sich mit voller
Energie bemühen, dass dieser kleine Anfang durch Erweiterungsarbeiten und neue
Forschungen ergänzt werde, erklärte der Bürgermeister das Museum
für eröffnet. Hierauf schloss sich ein Rundgang durch das Museum
unter fachmännischer Führung an.

Entfallende Sprechstunde beim Bürgermeister. Montag entfällt
die Sprechstunde beim Bürgermeister Seitz infolge dienstli-
cher Verhinderung.

Wien, am Freitag, den 21. November 1924. II. Ausgabe.

WIENER LANDTAG.

Die Sitzung wird um halb fünf Uhr nachmittags vom Präsidenten Dr. Danneberg eröffnet, der dem von Wiener Landtag in den Bundesrat entsandten/Universitätswissenschaftler Professor Dr. Ludo Hartmann folgenden Nachruf hält, der von den Mitgliedern des Landtages stehend angehört wird: Wir haben einen schweren Verlust erlitten. Am Montag ist am Döblinger Friedhof Ludo Hartmann zur letzten Ruhe bestattet worden. Im Leben der Stadt Wien hat Ludo Hartmann einen hervorragenden Platz. Der Schüler Mommsens ist ein Gelehrter von hohem Rang gewesen, den freilich in der Zeit der Monarchie die äusseren Zeichen der Stellung, die ihm an der Universität gebührt hätten, versagt geblieben sind. Seine grosse wissenschaftliche Leistung, die Erforschung des italienischen Mittelalters, sichert ihm für alle Zeit einen Ehrenplatz in der Ruhmeshalle der Wissenschaft. Noch in den letzten Jahren unternahm er ein gewaltiges Werk: Dem deutschen Volke eine neue Weltgeschichte zu geben, in der die letzten Ergebnisse umfassender Arbeit eines grossen Stabes von Gelehrten niedergelegt sein sollten. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen, das grosse Werk zu vollenden. Was aber Hartmanns Name mit dem Leben der Stadt Wien so eng verknüpft hat, ist nicht das stille Schaffen in der Gelehrtenstube. Es ist der grosse Volksbildner Hartmann, dessen Vorbildliche Schöpfungen Wien zum Segen und zum Ruhm gereichen. Die volkstümlichen Universitätskurse, das Volkshaus sind Stätten mustergiltigen Strebens, Wissenschaft und Volk einander nahezubringen. Sie verdanken ihr Entstehen der Arbeit Ludo Hartmanns, der sein Werk mit Zähigkeit und Eifer betraute und über schwierige Zeiten hinweggeholt hat. Zehntausende sind in Wien, die diesen und anderen von Ludo Hartmann geförderten Stätten der Volksbildung tiefere Erkenntnis, geistige und seelische Aufrichtung verdanken. Hat man oft behauptet, dass Wien in den letzten Jahrhunderten mehr und mehr abseits des breiten Weges deutschen Kulturlebens gerate, so ist unsere Stadt unzweifelhaft auf dem Gebiete des Volkswesens vor allem durch Hartmanns Arbeit weit in der Welt voran. Der grosse Gelehrte und Volksbildner hat in den letzten Jahren seine Begabung in den Dienst öffentlichen Wirkens gestellt. Die neu geschaffene Republik sendete ihn nach Berlin, wo er die Vorbereitungen treffen sollte, den grossen Gedanken des Anschlusses in die Tat umzusetzen. Mit glühender Begeisterung hat sich der Sohn des Freiheitsdichters dem die Einheit Deutschlands ohne Fürsten persönliches Vergnügen war, dieser Aufgabe gewidmet. Was er damals geleistet hat, wird, wenn auch zunächst nicht erreicht worden ist, nicht vergessen werden. Und wenn dereinst Wien als zweite Hauptstadt eines einzigen Deutschen Reiches in voller Blüte prangen wird, wird Hartmanns Werk wieder richtig gewürdigt werden. Als Hartmann in Berlin Abschied nahm, da seinem Wirken infolge des Friedensvertrages ein Ende gesetzt war, vereinigten sich alle politischen Parteien des Deutschen Reichstages zu einer

Huldigung für den Bahnbrecher des Anschlusses. Was ein Sprecher damals, an jenen denkwürdigen Abschiedsabend sagte, ist wahr: Hartmanns Name wird dereinst im Lichte der deutschen Einheit glänzen! Auf Ludo Hartmann darf Wien stolz sein. Die Stadt ist ärmer geworden, da wir ihn plötzlich verloren haben. Der Wiener Landtag beklagt das Hinscheiden dieses Mannes, der das Land Wien im Bundesrat vertreten hat. Auch wer Ludo Hartmanns politische Anschauung nicht geteilt hat, wird der Lauterkeit seiner Gesinnung, seiner Charakterfestigkeit, seinem wahrhaften Idealismus Achtung zollen. In einer gährenden Zeit, die auch viel Schlamme aufgewühlt hat und in der die moralischen Begriffe in der Politik oft wanken, ist die Gestalt dieses aufrechten und unantastbaren Kämpfers doppelt rühmendwert. Hartmanns Name und sein Werk werden in der Geschichte Wiens weiterleben.

Es wird nun in die Tagesordnung eingegangen. An Stelle des verstorbenen Bundesrates Dr. Ludo Hartmann wird Stadtrat Breitner (Sozialdemokrat) und an Stelle des zurückgetretenen Bundesrates Breuer wird Gemeinderat Rotter (Christlichsozial) gewählt. In das Kuratorium des Kriegsgeschädigtenfonds wird Stadtrat Weber und in die Kommission für Wien bei der Heeresverwaltung werden als Mitglied Oberleutnant Stranek und als Ersatzmitglied Gemeinderat Innerhuber entsandt. Das von dem Berichterstatter Grolig vorgelegte Gutachten über die Bestellung eines Bundeskellereinspektors für Wien wird ohne Debatte genehmigt.

Nunmehr gelangt die Gesetzesvorlage betreffend Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe für die Theater in den Monaten November und Dezember 1924 zur Verhandlung. Stadtrat Breitner wies

darauf hin, dass durch die Wirtschaftskrise einzelne Theater in eine besonders schwierige Lage geraten sind. Dadurch werden hunderte von kleinen Angestellten in ihrer Existenz bedroht und es besteht darüber hinaus auch ein allgemeines Interesse, die Kulturstätten des Theaters aufrecht zu erhalten. Es wurde zwar schon für die vier Sommermonate eine Begünstigung gewährt, doch soll in Würdigung der ausserordentlichen Verhältnisse dieselbe Erleichterung in einzelnen Fällen auch für die Monate November und Dezember zugestanden werden. Dabei kann es sich aber keinesfalls um eine allgemeine Massnahme handeln. Es wird vielmehr bei jedem Theater genau geprüft werden, ob wirklich die zwingende Notwendigkeit zu Steuererlassen vorliegt. Sämtliche Theater haben sich bereit erklärt, dem Magistrat eine eingeschränkte Bucheinsicht zu geben und davon wird auch Gebrauch gemacht werden. Schon jetzt muss aber gesagt werden, dass von einer Wiederholung dieser Ausnahmsverfügung im nächsten Jahre nicht die Rede sein kann und sich die Betriebe darnach einrichten müssen. In erster Linie ist es natürlich die allgemeine Wirtschaftskrise, die den schlechten Besuch der Theater bewirkt. Der zweite Hauptgrund ist die weit über alle wirklichen Bedürfnisse hinausgehende sprunghafte Ausdehnung des gesamten Wiener Vergnügungsapparates, die selbst in Friedenszeiten zweifellos zu einer Krise geführt hätte. In Berlin, wo eine ähnliche stürmische Entwicklung schon vor dem Kriege zu verzeichnen war, sind Zusammenbrüche von Theatern schon damals und ohne jede Sondersteuer wiederholt vorgekommen. Der erst vor wenigen Tagen gemeldete Fall des Zusammenbruches der grossen Berliner Volksoper beweist, dass die beliebte Ausrufe auf die Wiener Gemeindesteuern, die angeblich an allem Schuld sind, der Stichhaltigkeit entbehren

Bei der vom Magistrate vorzunehmenden Prüfung wird auch festzustellen sein, ob die Behauptungen richtig sind, dass mit einzelnen Theatern in den letzten Jahren ein förmlicher Schacher betrieben worden ist und Personen sich Bruttoprozente, wie etwa bei den Rohölgruben in Galizien, dafür zusichern liessen, dass sie nur ganz kurze Zeit Inhaber waren. Wenn ein Unternehmen für derartige Leistungen als tragfähig erachtet wird, dann liegt gewiss gar keine Verankerung vor, auf Steuern zu verzichten. Es muss aber bei diesem Anlasse auch auf einen Uebelstand verwiesen werden, der zu dem schwächeren Besuch in hohem Masse beiträgt. Das ist die Art der Preisfestsetzungen bei gewissen Theatern. Leider muss gesagt werden, dass dieses System von den Bundestheatern einen Ausgang genommen hat. Es gibt beispielsweise im Burgtheater kleine, gewöhnliche, erhöhte besondere und grosse Preise; in der Staatsoper gewöhnliche, erhöhte, besondere und besonders erhöhte. Natürlich ist es ganz unmöglich, dass jede einzelne Vorstellung einen für das ganze Publikum offensichtlichen Unterschied aufweist. Niemand mag zur Beurteilung, ob ein Stück oder eine Besetzung besonders oder besonders erhöhte Preise rechtfertigt. Es entsteht immer das Gefühl der Unsicherheit, wie man es beim Einkauf in einem Geschäft hat, in dem es keine festen Preise gibt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die nach solchen Grundsätzen geführten Geschäfte von den soliden Käufern gemieden werden, weil sie schliesslich immer das Empfinden haben überverteilt worden zu sein. Ein anderes sehr bemerkenswertes Moment ist die Tatsache, dass in manchen Theatern die Sitzpreise weit über die volle Valorisierung hinaus und selbst unter Zurechnung aller Gemeindeabgaben hinaufgesetzt wurden. Dauerlicher Weise trifft dies zumeist die billigeren Sitzkategorien. Hier nur wenige Beispiele: Im Bürgertheater ein Sitz ^{im} zweiten Rang sechste Reihe im Frieden zwei Goldkronen gekostet. Heute werden 58.000 Kronen oder vier Goldkronen gefordert. Für einen Platz in der Nachmittagsvorstellung zweiter Rang siebente Reihe sind statt einer Goldkrone heute 38.000 Kronen, also nahezu das Dreifache zu bezahlen. Ein Sitz II. Rang zehnte Reihe kostet statt achtzig Heller, oder 11000 Kronen jetzt 30.000 Kronen in der Nachmittagsvorstellung. In der Abendvorstellung statt 1'50 Kronen oder 21.000 Kronen nicht weniger als 46.000 Kronen. Das Deutsche Volkstheater hatte im Frieden einen Pachtzins von 116.000 Goldkronen jährlich zu leisten, was in unserem Gelde 1670 Millionen Kronen ausmacht. Die gesamten Steuern aller Art - Lustbarkeitsabgabe, Fürsorgeabgabe, Wohnbausteuer-, die dieses Theater an die Gemeinde zu zahlen haben wird, dürfte hinter dieser Summe noch um ein paar hundert Millionen Kronen zurückbleiben. Durch die Gesamtheit aller städtischen Abgaben ist also jeder Sitz im Deutschen Volkstheater nicht einmal um so viel belastet, als das Theater durch die Geldentwertung an Pacht erspart und im Jahre 1914 auf den Sitzpreis zuschlagen musste. Dabei sind allgemein die Ausgaben für den elektrischen Strom, eine wichtige Regiepost, ^{nennenswert geringer, als vor dem Kriege.} /Trotzdem sind die Preise und auch hier wieder gerade bei den Kategorien, die für die grosse Masse in Betracht kommen, weit übervalorisiert. Ein Balkonsitz

dritte Reihe, der im Frieden 3 Kronen 30 Heller kostete, kostet heute statt 37.000 Kronen bei gewöhnlichen Vorstellungen 60.000 und als neue Unterscheidung an Sonntagen 70.000, bei Gastspielabenden 85.000 Kronen. Ein Sitz in der neunten und zwölften Reihe Balkon war im Frieden für 1 Krone 60 Heller zu haben, was heutigen 23.000 Kronen entspricht. Gegenwärtig kostet derselbe Sitzplatz 40.000 Kronen, an Sonntagen 45.000, bei Gastspielen 50.000 Kronen. Im Frieden waren die billigsten Plätze im zweiten Rang die Reihen acht bis dreizehn mit 1 Krone 20 Hellern oder 17.000 Kronen. Heute werden 20.000, beziehungsweise 25.000 und 30.000 Kronen gefordert. In der Volksoper kostete ein Parterresitz 12 - 16 Reihe 2 Kronen 10 Heller oder 30.000 Kronen, gegenwärtig aber 45.000 Kronen oder um 50 Prozent mehr. Derselbe Platz bei Nachmittagsvorstellungen 1 Krone 10 Heller oder 15.800 Kronen, während der jetzige Preis 27.000 Kronen ausmacht. Ähnlich sind die Verhältnisse auch bei anderen Theatern. Demgegenüber wird darauf verwiesen, dass ja die Preise vielfach nur auf dem Papier stehen, weil sehr stark mit Begünstigungen gearbeitet werde. Aber auch diese Methode empfindet das Publikum als eine wenig solide. Die Leute gewöhnen es sich immer mehr ab, an den Kassen überhaupt Karten zu kaufen. Sie verlassen sich darauf, dass schon in die Aemter und Organisationen Begünstigungsanweisungen kommen werden. Bleiben aber die Anweisungen aus, so gehen die Leute einfach ins Kino. Zudem haben diese Massenweisungen schon den Beigeschmack, dass es sich um ein wenig zugkräftiges Stück handelt. So üben sie allmählich statt einer anziehenden, eine abstossende Wirkung aus. Die Kinobesitzer, die auch einmal ähnliche Wege gingen, haben es gewiss nicht zu bedauern, dass sie den ihnen gelegentlich einer Steuerbeschwerde gegebenen Rat befolgt und ihre Preisfestsetzung nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtet haben. Bei einer entsprechend sorgfältigen Auswahl soll einzelnen Theatern diese einmalige Erleichterung geboten werden. Damit sind aber auch die Steuerbegünstigungen, die überhaupt gewährt werden können und in einer Herabsetzung der Fürsorgeabgabe, sowie einer Ermässigung der ursprünglich beschlossenen Wohnbausteuer bestehen, zu Ende. Es erschien mir wünschenswert, im Zusammenhang mit der heute vorgeschlagenen Ermässigung, wenn man schon immer von Inflationssteuern spricht, auch die Inflationspreise mancher Theater zur Sprache zu bringen. Die Ursachen dieses schlechten Geschäftsganges sind nicht, wie es jetzt so beliebt ist, beim Steuerdepartement der Gemeinde zu suchen, sondern auch ein wenig in der eigenen Geschäftsführung. Die Theaterdirektoren müssen sich eben bemühen, das Publikum an sich zu ziehen und den nicht leichten Wettbewerb mit Kino, Radio und Fussball aufzunehmen. Dann wird gewiss jene Zahl von Theatern, die der um dreihunderttausend Köpfe kleineren Bevölkerungszahl und den nach dem Krieg nun einmal schlechteren Wirtschaftsverhältnissen entspricht, ihr Auslangen finden, trotz der Gemeindeabgaben, auf die zu verzichten wir nicht in der Lage sind. (Beifall bei der Mehrheit!)

G.R. Rummelhart (chr. Soz-) bemerkt, es seien zwar viele Worte gesprochen worden, aber die Tat nehme sich sehr klein aus, denn die vorgeschlagenen Ermäßigungen bedekten fast nichts. Schon die Bildung, dass eine Ermäßigung lediglich vom Wohlwollen des Stadtsenates abhängig gemacht wird, ist mehr als merkwürdig und geeignet die ganze finanzielle Ordnung eines Theaters umzustossen. Der Landtag wäre in der Lage jetzt ein Unrecht gut zu machen, welches in einer starken Uebersteuerung besteht, ein schweres Verbrechen das an den Unternehmern begangen worden ist. Wenn die Bundestheater verschiedene Preise eingeführt haben, so ist das kein Fehler, sondern ein Verdienst, weil dadurch erst die Kunst weiteren Kreisen erschlossen werde. Es sei auch ein Unding für das Bestehen der Wirtschaftskrise gerade die Frist von zwei Monaten festzusetzen, man könne doch nicht sagen, dass die Krise noch im Dezember andauern und mit 1- Jänner plötzlich wieder aufhören werde. Aus diesem Grund wäre es nur gerecht, die Ermäßigung der Lustbarkeitsabgabe das ganze Spieljahr auszudehnen. Die Bucheinsicht ist ein sehr unanständiges Mittel zur Steuerbemessung und es ist nur zu verwundern dass die Unternehmer dazwischen eingewilligt haben. Man kann es nur daraus verstehen, dass die Steuerträger allmählich so kufoniert worden sind, dass sie einen Widerstand gar nicht mehr wagen. Jeder Gang ins Rathaus ist für sie ein Leidensgang. Es ist die Aufgabe der Gemeindeverwaltung die Kunst zu schützen und sie nicht untergehen zu lassen. Wenn die Mehrheit sich rüht Wien saniert zu haben, dann dürfe sie nicht die Darstellende Kunst durch Steuerfesseln einsengen. Wer eine Billion Ueberschuss in der Kassa hat, muss sogar ein Kunstmäzen sein. Redner stellt schliesslich den Antrag auf Abänderung des Gesetzes über die Lustbarkeitsabgabe vom November 1921 dahingehend, dass die Abgabe bei Sprechbühnen auf 5%, bei Operetten auf 20% ermässigt und bei allen sonstigen Vorführungen, Wettbewerben und Belustigungen mit 30% bemessen werde. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages stelle Redner den eventual Antrag, der Stadtsenat sei zu ermächtigen, den Opern, Operetten und Sprechtheatern für das laufende Spieljahr ab 1- September 1924 rückwirkend, die Lustbarkeitsabgabe bei 10% um die Hälfte und den Satz von 30% um höchstens ein Drittel zu ermässigen. Der Referent der selbst ausübender Musiker sei, möge die Genüsse, die er sich selbst bereits auch dem Volke gönnen, „Seien sie nicht,“ ruft Redner, der harteherzige Breitner, stellen sie sich auf ein höheres Piedestal, benützen sie einen Teil der Kassenüberschüsse, um die Stadt Wien als wahre Kunststadt zu erhalten und die Stätten der Kunst nicht durch eine ganz ungerechte Uebersteuerung zu zerstören.

G.R. Orel (chr. Soz.) schliesst sich diesen Ausführungen an und bezeichnet es als einen Uebergriff, wenn der Landtagspräsident in einer Trauerrede den Mitgliedern des Hauses gleichsam Belehrungen über deutsche Kunst und Kultur gegeben habe. Unruhe bei der Mehrheit. G.R. David ruft dem G.R. Orel zu, sie haben es notwendig! Andere Rufe bei der Mehrheit: Aber er gehört ja nach Steinhof.

G.R. Orel führt aus, im Mittelalter sei die Kunst nicht besteuert worden, da habe man eine Lustbarkeitsabgabe nicht gekannt. Die jetzige Mehrheit habe einst den Zeitungstempel als Bildungsteuer bezeichnet, heute aber erhebe sie eine viel drückendere Bildungssteuer von allem was Wissenschaft und Kunst ist.

G.R. Breitner sagt in seinem Schlusswort: Es wäre natürlich wünschenswert, wenn wir die Anträge Rummelharts annehmen könnten, aber es ist leider nicht möglich. Die Lustbarkeitsabgabe ist keineswegs eine Erfindung der gegenwärtigen Mehrheit, es wäre auch

ungerecht sie als eine Erfindung der christlichsozialen Partei zu bezeichnen, es ist auch nicht richtig, dass sie eine Erfindung der schlechten Neuzeit ist. Man findet in den Osterreichischen Codex vom 24. Juli 1671 eine Verordnung, dass bei den „Komödien Glückshäfen u.dgl. eine Groschen pro Person zur Errichtung und Unterhaltung des Zuchthauses in Wien eingehoben werde (Hört Hörtrufe und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Die Zusammenstellung der Komödien mit Glückshäfen spricht nicht gerade von einer besonderen Wertschätzung des Theaters. Im Jänner 1918 haben die Christlichsozialen die Lustbarkeitsabgabe eingeführt und wir haben jenen Weg den sie uns gewiesen haben nicht allzusehr verlassen. Ich finde, dass die Bucheinsicht kein schlechtes sondern ein sehr anständiges Mittel, ist. Beruhigung und Gewissheit kann man nicht aus den Betenerungen eines Unternehmers schöpfen, sondern man muss sich von dem Sachverhalt wirklich überzeugen können und das kann eben nur durch die Bucheinsicht geschehen.

G.R. Orel berichtigt tatsächlich, das: das Siebzehnte Jahrhundert nicht mehr zum Mittelalter gehört sondern bereits zur Neuzeit. (Grosse Heiterkeit Rufe bei der Mehrheit: Steinhof).

Bei der Abstimmung werden die Anträge Rummelhart abgelehnt und der Referentenantrag in erster und zweiter Lesung angenommen. Vorsitzender Zimmerl schliesst sodann die Landtagssitzung.

WIENER - GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. November 1924.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung.

Es liegt eine Anfrage des G.R. Zimmerl an den Bürgermeister vor, in der es heisst, dass die Arbeiterzeitung zweimal Listen von städtischen Steuerträgern veröffentlichte mit den genauen Steuerdaten. Diese Veröffentlichungen können nur unter Mitwirkung städtischer Organe erfolgt sein, sie haben in den Kreisen der Steuerzahlenden Bevölkerung starke Erregung hervorgerufen und seien geeignet das Vertrauen und die Amtsverschwiegenheit der Beamten zu erschüttern und schwer zu schädigen. Der Bürgermeister wird gefragt, ob er geneigt sei, eine Untersuchung einzuleiten zum Zwecke der Feststellung inwiefern städtische Angestellte oder andere Organe an der Veröffentlichung von Steuerdaten mitgewirkt haben. Nach Massgabe des Ergebnisses der Untersuchung seien die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, schliesslich Massnahmen dahin zu treffen, dass die Bevölkerung vor der Wiederholung eines solchen Amtsmisbrauches geschützt werde.

Bürgermeister erklärt, dass diese Anfrage am Schluss der Sitzung zur Verhandlung kommt.

G.R. Alt (soz. De.) berichtet über den Antrag auf Bewilligung eines Zuschusskredites von 1'6 Milliarden zum Ankauf von Baustellen in Untermeidling von der Hotelbetriebsgesellschaft durch die Gemeinde Wien.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) verweist darauf, dass seit Jahrzehnten auf diesen Gründen Pachtrechte haften. Bisher sei es üblich gewesen, dass die Gemeinde bei Grunderwerbungen die Gründe frei gemacht habe. Jetzt werde ein anderer Vorgang beobachtet, man hetze die Hotelbetriebsgesellschaft auf die Pächter, die sich ja von dieser Seite auf keine Rücksicht rechnen dürfen.

Der Referent erklärt, dass alle diese Fragen im gegenseitigen Einvernehmen gelöst wurden, worauf der Antrag angenommen wird.

G.R. Ingr (Soziald.) beantragt, dass das Haydn-, Mozart- und Ressel-Denkmal, der Labetrunkbrunnen und die Säule „Spinnerin am Kreuz“ instandgesetzt werden sollen. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 210 Millionen Kronen.

G.R. Faulitschke (chr. soz.) protestiert dagegen, dass diese Vorlagen erst jetzt verhandelt werden, obwohl bereits die beantragten Arbeiten durchgeführt werden. Es genüge übrigens nicht, dass nur einzelne Denkmäler instandgesetzt werden, da auch die Figuren des Albrechtsbrunnens stark beschädigt sind und auch auf die Pflege des Donnerbrunnens wenig Gewicht gelegt werde, da dieses prächtige Denkmal erst jetzt eingedeckt worden ist, so dass es den Einflüssen der Witterung ausgesetzt war.

Bürgermeister Seitz: Herr Gemeinderat Faulitschke wird mir zuzubilligen, dass ich für unsere Denkmalkunst und für unsere Denkmäler kein geringeres Interesse habe, als andere. In dem Augenblick, in dem die wirtschaftlichen Verhältnisse darnach waren, das wiederherzustellen, was in diesem unseligen Krieg leider verwaht worden ist, welcher Augenblick sich ungefähr mit dem Antritt meines Amtes gedeckt hat, habe ich angeordnet, dass sofort alle künstlerischen Denkmäler Wiens einer Untersuchung und einer Prüfung unterzogen werden und dass eventuelle Mängel und Fehler behoben werden. Ich gestehe ganz offen, dass mich die Fortschritte dieser Arbeiten nach ungefähr Halbjahresfrist, als ich der Sache nachgegangen bin, nicht befriedigt haben. Es ist ein Wechsel in der Person des verantwortlichen Beamten eingetreten und wir stehen jetzt mitten in der Wiederherstellung aller der Denkmäler, die einer besonderen Beachtung bedürfen. Insbesondere wird das von Herrn Gemeinderat Faulitschke erwähnte Hayddenkmal wieder hergestellt. Was den Albrechtsbrunnen anlangt, so ist dem Gemeinderat die Rechtslage bekannt. Die Gemeinde ist nur mit der figurativen Ausschmückung befasst, während die eigentliche Brunnenanlage wie die ganze Anlage überhaupt, Sache des Bundes ist. Ich habe wiederholt Anlass genommen, bei der Bundesverwaltung die Herstellung zu urgieren, bisher aber leider ohne Erfolg. Ich bin aber ernsthaft gewillt, auch zu schärferen Massregeln zu greifen, wenn nicht ehestens den berechtigten Forderungen der Gemeinde Wien stattgegeben wird. Die Eindeckung des Donnerbrunnens ist meines Erachtens rechtzeitig erfolgt. Wir hatten, gutes Wetter, der Herbst hat sich lang hinausgedehnt. Ich wünsche, dass derartige Verkehrungen für den Winter nicht automatisch und bürokratisch nach einem bestimmten Kalendertag erfolgen, sondern eben nach den Witterungsverhältnissen. Solange ich ein solches Denkmal öffentlich zur Schau stellen und jedem Vorübergehenden den Genuss bieten kann, werde ich es nicht in die Winterdecke einhüllen. Das geschieht erst in dem Augenblick, als es die Witterungsverhältnisse nötig machen. Ich glaube also, Herr Gemeinderat Faulitschke kann darüber beruhigt sein, dass die künstlerischen Interessen Wiens gewahrt sind (Beifall bei der Mehrheit).

Es wird nun der Referentenantrag angenommen.

G.R. Linder (Soz.) beantragt Zuschusskredite für den Betrieb der städtischen Häuserverwaltung im Betrag von rund drei Milliarden Kronen.

G.R. Müller (chr. soz.) wünscht, dass die Gemeinde mit der Bundesverwaltung wegen der Instandsetzung jener städtischen Objekte verhandeln soll, die gegenwärtig von der Bundesverwaltung benützt werden. Vor allem das Gebäude des Bezirksgerichts Meidling müsse endlich instandgesetzt werden.

G.R. Linder antwortet, dass diese Fühlungnahme bereits erfolgt sei, worauf die Kredite bewilligt werden.

G.R. Löttsch (Soz.) legt ein Uebereinkommen über einen „Rundtausch“ der Gemeinde in Streberadorf vor, das ohne Debatte genehmigt wird.

G.R. Müller (Soz.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 600 Millionen Kronen für die Strassenerhaltung.

G.R. Müller (chr. soz.) sagt, dass in der Hoffingergasse die Herstellungsarbeiten unterbrochen werden mussten, weil der Kassier der Unternehmung, der die Gemeinde die Arbeit übergeben hat, mit dem Geld durchgegangen ist. Es müsse gefragt werden, ob die Gemeinde dadurch zu Schaden gekommen sei.

G.R. Siegel (Soz.) antwortet, dass die Gemeinde keinen Schaden erlitten habe. In der Zeit der Wirtschaftskrise komme es jetzt sehr oft vor, dass Firmen zugrundegehen und es sei noch niemals geschehen, dass dies im Gemeinderat besprochen worden wäre. Da es sich aber hier um eine Firma handelt, die den auf der „gegenseitig nur ungern gehörten“ Namen „Der Sozialist“ führt, werde darüber gesprochen.

G.R. Müller (chr. soz.) erklärt, dass aber doch jetzt die Arbeit von einer anderen Firma gemacht werden muss, weil sie sehr schlecht war und das kostete der Gemeinde wieder Geld.

G.R. Siegel teilt mit, dass es da um die Ausbesserung der Rinnale handelt, die sich technisch nicht anders machen lassen, auch wenn die Unternehmung noch so genau arbeite, worauf der Antrag angenommen wird.

G.R. Rudolf Müller (soz. Dem.) referiert über die Schlenkinstandsetzung im Kanal der Herbeckstrasse wofür ein Kostenerfordernis von 350 Millionen erforderlich ist.

G.R. Kürner (chr. soz.) urgiert die Durchführung des alten Projektes den Kanal in der Währingerstrasse zu entlasten.

G.R. Müller erwidert, dass sich die Gemeinde die grösste Mühe gebe, die zu seichten Kanäle tiefer zu legen und dass die Posten der Gemeinde für Kanalbauten Milliarden betragen. Hierauf wird

der Antrag des Referenten genehmigt.

G.R. Schma (chr. soz.) referiert über die Bestellung eines Baurechtes, die die gemeinützige Kleingartensiedlungsgenossenschaft Altlandsdorf-Hetzendorf zur Errichtung von Werkstätten.

G.R. Huber (chr. soz.) stellt einen Antrag nach welchem die Besitzer von Werkstätten verpflichtet werden, ihre Arbeiten ausschliesslich für die Siedlungsgenossenschaft zu erzeugen.

Da sich der Referent mit diesem Zusatzantrage einverstanden erklärt, wird er zugleich mit dem Referent Antrag angenommen.

Str. Siegel referiert über einen Zuschusskredit von 1400 Millionen für die laufende Erhaltung der Markadamstrasse.

G.R. Josef Müller (chr. soz.) bringt einige Wünsche der Meidlinger Bevölkerung bezüglich der Reparatur der Strassen insbesondere bezüglich der Zufahrtrasse zum Südwest Friedhof vor.

G.R. Grel (chr. soz.) lenkt das Augenmerk auf die Durchführung der Markadamisierung und bemängelt verschiedene Uebelstände bei Strassenblungen.

G.R. Binder (chr. soz.) führt Beschwerde, dass lange vor der Bau von Strassen Steinhaufen hingelegt werden und den Verkehr hindern, und begründet die Notwendigkeit mehrerer Wünsche der Bevölkerung des Bezirkes Landstrasse-Erdberg mit der argen Vernachlässigung gerade dieses Bezirksteiles.

Str. Siegel gibt die gewünschtentechnischen Aufklärungen und verspricht möglichste Rücksichtnahme auf die Bezirkswünsche.

Str. Speiser referiert über die Erhöhung der Entlohnung der Arbeiterschaft des städtischen Elektrizitätswerkes und der Ueberlandzentrale Ebenfurth um 10% mit Wirksamkeit vom 19. September 1924.

G.R. Waldsam (chr. soz.) bestreitet, dass es sich wirklich um eine 10%tige Lohnerhöhung handelt sondern behauptet, dass nur 7% betrage. Redner wünscht in Hinkunft eine Zusammenziehung der einzelnen Lohnanteile, damit eine klare Uebersicht habe.

Str. Speiser erklärt, dass die Lohn^{erhöhung} eine Steigerung der Lohnausgaben von 1'6% bewirken werden. Die Löhne der elkt^{rie}trizitätsarbeiter wer en anerkannter massen weit- aus besser als ^{die} aller anderen Arbeiten der Metallindus- trie gegen die Zusammenziehung der einzelnen Lohnanteile, habe Redner nichts einzuwenden.

Hierauf wird der Antrag des Referenten genehmigt.

Str. Tandler beantragt einen Zuschusskredit von 30 Millionen zur Deckung des Mehrerfordernisses von Transporauslagen im Versorgungshause Mauerbach.

G.R. Karasek (chr. soz.) erklärt, er müsse bei dieser Gelegenheit auf einen grassen Uebelstand im Bürgerversorgungshaus hinweisen. Dort lasse man die armen alten Pflöglinge frieren. Man nehme ihnen auf ihre alten Tage das w warme Zimmer. Der Referent möge trach- ten diesen krassen Uebelstand abzustellen.

Str. Tandler entgegnet, dass die Pflöglinge im Bürgerversorgungshaus früher während des ganzen Tages die Schlafräume benützen und dort auch ihre Mahlzeiten einnehmen mussten. Jetzt sei das anders. Die Pflöglinge bekommen ihr Essen im Speisezimmer, das geheizt ist, während der Schlafräum erst am abend vorgewärmt wird es sei also unrichtig, dass man die Pflöglinge frieren lasse. Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Str. Tandler berichtet über die vorläufige Dienstesvorschrift für eine beim städtischen Gesundheitsamt zumerrichtende Trinkerfürsorgestelle. Für diese Stelle werde ein Fürsorgearzt und eine Fürsorgerinn gebraucht und dazu sei ein Kredit von 25 Millionen erforderlich um diese beiden Fürsorger sogleich anstellen zu können.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) sagt, seine Partei sei mit der Errichtung der Trinkerfürsorgestelle einverstanden, aber nicht mit den Dienstesvorschriften, in denen es heisse, dass der Arzt und die Fürsorgerin Mitgliedereines Abstinentenvereines sein müssen und beim Aufgeben der Abstinenz ihre Stellen verlieren. Hier be- nütze die Mehrheit die Gelegenheit, die anzustellenden Beamten in die sozialdemokratische Abstinenten-Organisation hineinzuzwängen. Es sei auch unmoralisch die Anstellung von solchen Bedingungen abhängig zu machen. Man kann ein guter Fürsorgearzt sein und doch ab und zu ein Seitel Wiener Bräu trinken. Logischerweise müsste der Brauhaus-Direktor Mitglied des Vereines zur Bekämpfung zur Abstinenz sein. Die Dienstesvorschrift bringe den Fürsorgearzt in merkwürdige Gewissenskonflikte. Ist er beispiels- weise beim Bürgermeister zu einem gemeinsamen Mal eingeladen, bei dem Bier und Wien getrunken wird, so muss er sich des Alkohols enthalten, denn beim ersten Schluck den er macht, ist er auch schon seiner Stelle verlustig. Oder er nimmt an einer Beisetz- tung des Landesmuskellers teil oder gar des Stadtbräuhauses teil. Wenn er einmal wirklich den verbrecherischen Schluck macht, wird er das natürlich abarbeiten. Und so erzeugt man aus

anständigen Menschen, Charakterlose Menschen, die Mehrheit möge doch mit der Beformung der Angestellten aufhören. Die Vor- lage enthalte siviell unmoralisches, dass Redner den Antrag auf Rückverweisung stelle.

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt.

G.R. Stöger (chr. soz.) zitiert eine Reihe von Aussprüchen sozialdemokratischer Abgeordneter die dartzum sollen, dass sie durchaus nicht Anhänger der Abstinenz sind, sondern im Gegenteil Förderer des Alkoholkapitals, das die Bevölkerung ausplündere. Das Brauhaus der Stadt Wien, einst der Regulator der Bierpreise, verfolgt längst nicht mehr dieses ideale Ziel, sondern arbeitet mit einer gesteigerten Erzeugung auf möglichst fette Erträgnisse. Im Jahre 1923 betrug der Reingewinn aus der Gebahrung des Stadtbrau- hauses 31'8 Milliarden. Wenn die Sozialdemokraten ernstlich die Trunksucht bekämpfen wollen, dann dürfen sie nicht mehr schützend ihre Hand über die Schnapsbrenner halten, sondern müssen sich gegen das Treiben der Alkoholkönige wenden und gegen die geistige Vergiftung des Volkes wirken.

St. R. Tandler erwidert dem G.R. Zimmerl, dass es nicht möglich sei dass ein Mensch einen anderen ununterbrochen in der Fürsorge halte, wenn ihn nicht sein eigener Idealismus zur Abstinenz führt.

St. R. Rummelhardt: Zudem darf man nicht zwingen!

St. R. Tandler Man kann niemand zumuten, für eine Askese einzutreten, der man sich nicht selber unterzieht. Ein Mensch kann einen anderen nicht begeistern, der diese Sache nicht selbst bei sich empfindet und wirklich mitmacht-

St. Rummelhardt: durch eigene Ueberzeugung!

Str. Tandler: Hätte ich Lehrer und Fürsorger kurz alle Menschen die mit der Jugend zu tun haben anzustellen, so würden sie lauter Absti- nenten sein (Lebhafter Beifall) Ich bin der Meinung, dass ein Mensch der einen anderen zu erziehen hat sich nicht durch irgend ein äusseres Ereignis in einer Situation befinden darf, in der er seine Menschen- würde verliert. Im übrigen muss gedagt werden, dass die Abstener der verschiedensten politischen Anschauungen untereinander wirklich fried- lich sind.

G.R. Josef Müller Die anderen vertragen sich auch manchmal gut.

Str. Tandler: Wir wollen niemanden in eine Partei-Organisation zwingen und es wäre wirklich komisch, wenn wir den Zuwachs unserer Par- tei durch derartige Mittel um zwei Mitglieder vermehren wollten-

G.R. Josef Müller: Was geschieht mit jenen, die nur ein bisschen trin- ken?

Str. Tandler: Die werden wir früher oder später auch befürsorgen müs- sen (Lebhaftes Heiterkeit und Beifall) .

Hierauf werden die Referenanträge angenommen.

Bürgermeister Seitz teilt noch mit, dass die Anfrage des G.R. Zimmerl schriftlich beantwortet werden wird und schliesst die Sitzung um neun Uhr.